

Analyse

Die ukrainisch-russischen Gasbeziehungen nach dem Konflikt von 2009

Von Katerina Malygina, Bremen

Zusammenfassung

Der Gas-Krieg vom Januar 2009 endete mit der Unterzeichnung eines Liefer- und eines Transitvertrags zwischen der Ukraine und Russland für die Jahre 2009 bis 2019. Deren Langfristigkeit erwies sich jedoch als trügerisch. Die Asymmetrie der Verträge sowie die für die ukrainische Wirtschaft belastenden hohen Gaspreise führten zu einer Überprüfung und Ergänzung der Gasverträge im November 2009 und zur Ratifizierung eines neuen Vertrages im April 2010.

Einleitung

Mit der Machtübernahme durch Viktor Janukowitsch im Februar 2010 hat sich der energiepolitische Dialog zwischen der Ukraine und Russland dramatisch verändert. Noch vor seinem Amtseintritt sprach sich Janukowitsch für eine Überprüfung der Gasverträge mit Russland und »gerechte« Gaspreise für die Ukraine aus. Um Russlands Interesse an einer abermaligen Prüfung der Verträge hervorzurufen, schlug Janukowitsch vor, zu einer der Idee aus dem Jahre 2002 – einem internationalen Gastransport-Konsortium – zurückzukehren. Diese Absicht rief in der Ukraine allerdings einen Proteststurm hervor. Viktor Janukowitsch hatte dennoch weiterhin die Senkung der Gaspreise im Visier und fand einen anderen Weg sein Ziel durchzusetzen: Am 21. April 2010 kam es in Charkiw zu einer Vereinbarung zwischen der Ukraine und Russland, nach der die Ukraine Rabatte auf die russischen Gaspreise erhalten soll, wobei der Preisnachlass teilweise durch die Pacht für die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim ausgeglichen wird. Darüber hinaus wird die Dauer des Aufenthalts um 25 Jahre bis zum Jahr 2042 verlängert. Eine solche Praxis der Vertragsgestaltung existiert in den ukrainisch-russischen Gasbeziehungen schon seit 1997: So »zahlte« Russland für die Nutzung des Marinestützpunkts auf der Krim 98 Mio. US-Dollar jährlich, indem alte ukrainische Gas-Schulden abgeschrieben werden. Dennoch wirkt die neue Vereinbarung in der Ukraine provozierend und rief massive Proteste bis hin zum Vorwurf der Preisgabe der ukrainischen Souveränität hervor. In diesem Zusammenhang wurde die neue Vereinbarung sehr schnell als »Janukowitschs Charkiw-Pakt« abgestempelt.

Folgen der Gasverträge vom 19. Januar 2009 für Russland

Eine der wichtigsten Folgen des sogenannten Gaskrieges im Jahr 2009 war die Ausschaltung des Gaszweihändlers RosUkrEnergo (RUE) aus dem Gashan-

del zwischen Russland und der Ukraine. Russland hat von dieser Veränderung letzten Endes vermutlich stärker profitiert als die Ukraine, obwohl diese den Prozess in Gang gebracht hatte. Erstens wickelte Russland 2009 den Gastransit durch die Ukraine über Tauschgeschäfte ab, wodurch 1,7 Mrd. US-Dollar Schulden bei RUE gegenüber Gazprom aufliefen. Zweitens konnte Russland die Bedingungen des Gasvertrags mit Polen zum eigenen Vorteil verändern. Nach der Liquidierung des Zwischenhändlers erhielt Polen nun nicht mehr die vertraglich vereinbarten Gasmengen von RUE, woraufhin das Land Gespräche mit Gazprom über die Bereitstellung zusätzlicher Gasmengen aufnahm. Die sich über ein Jahr hinziehenden Verhandlungen mit Polen sollen bald in der Unterzeichnung eines neuen zwischenstaatlichen Vertrags münden, der die Bedingungen für die Gaslieferungen bis zum Jahr 2037 festlegt. Laut dieser Vereinbarung wird Gazprom Gas im Wert von 100 Mrd. US-Dollar nach Polen liefern. Dies wäre einer der umfangreichsten Gasverträge, die Gazprom jemals unterzeichnet hat. Neben diesem langfristigen Vertrag erreichte Gazprom die Bestätigung des Einstimmigkeitsprinzips bei Entscheidungen der Unternehmensleitung von Europolgaz, dem Joint Venture aus Gazprom und dem polnischen Öl- und Gasunternehmen PGNiG. Aufgrund der Änderungen, die Gazprom seit 2006 durchzusetzen sucht, kann die polnische Seite die Tarife für den Gastransport durch den polnischen Teil der Jamal-Gasleitung (Russland-Polen-Deutschland) nicht mehr selbst festlegen.

Die für Gazprom vorteilhaften Gasverträge erlaubten es dem Unternehmen die sinkenden Einnahmen aus Gasverkäufen in Europa im Krisenjahr 2009 zu kompensieren – auf Kosten der Ukraine. Nach Angaben der russischen Zollbehörden sind die Einnahmen aus russischen Gasverkäufen ins Ausland im Jahr 2009 im Vergleich zu 2008 um 40 % gesunken und betrugen nur noch 39,4 Mrd. US-Dollar, wobei ein Fünftel der Einnahmen Gazproms über den Gasexport in die Ukraine eingenommen wurde (8 Mrd. US-Dollar). Deshalb war

es Russland wichtig, dass die Ukraine das importierte Gas auch wirklich bezahlt, und zwar vollständig. Während des Jahres 2009 wurde die russische Führung nicht müde, immer wieder ein und dieselbe Botschaft an die westlichen Partner zu wiederholen – die Schwierigkeiten der Ukraine bei der Begleichung der russischen Gasrechnungen könnten abermals zu Problemen mit dem Gastransit durch die Ukraine führen. Diese PR-Kampagne von Gazprom sollte zwei Zielen dienen: Die Ukraine sollte als unsicheres Transitland abgestempelt werden und dadurch die Bemühungen um die die Ukraine umgehende Nord- und South-Stream Pipeline vorangetrieben werden. Zweitens sollte Europas Aufmerksamkeit von den Finanzproblemen bei Gazprom wegelenkt und gleichzeitig die EU und der Internationale Währungsfonds zu finanzieller Hilfe für die Ukraine bei der Bezahlung der Gasrechnungen gezwungen werden.

Das Vorgehen des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin zeugt von der Beharrlichkeit, mit der Gazprom versuchte, ausländische Investoren zur Absicherung der fristgerechten Zahlung der Ukraine für das Gas heranzuziehen: Als Anfang Juni 2009 eine hitzig geführte Debatte um die nötige Befüllung der ukrainischen unterirdischen Gasspeicher ausbrach, rief Putin den Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso an und schlug ihm vor, der Ukraine einen Kredit in Höhe von 5 Mrd. US-Dollar zu gewähren. Er erhielt eine Absage und wandte sich daraufhin mit einem ähnlichen Vorschlag an den IWF. Diesmal schlug Russland vor, dass für die Bezahlung des Gases Mittel verwendet werden könnten, die durch die Aufstockung der IWF-Reserven auf dem G20-Gipfel vom 2. April 2009 frei geworden waren. Zur Erinnerung: Auf Biten dieser 20 industriell entwickelten Länder wurden im August spezielle Sonderziehungsrechte des IWF an die Mitgliedsländer vergeben. Die Ukraine verwendete ihren Anteil sofort für die Bezahlung der russischen Gasrechnungen im Herbst 2009. Ohne die aktive Einmischung Russlands hätte die Ukraine den Zahlungsplan wohl nicht erfüllen können, was wiederum zu einer Verschlechterung der ukrainisch-russischen Gasbeziehungen hätte führen können.

Eine direkte Folge des Gaskonfliktes zwischen Russland und der Ukraine im Januar 2009 war das wachsende Bemühen Russlands um eine Diversifizierung der Gastransportwege unter Umgehung der Ukraine – insbesondere ging es um die Pipelines Nord- und South-Stream. Der Erfolg der Russen ist nun offensichtlich: Im Februar 2010 erhielt Gazprom alle Genehmigungen, die für den Bau der Nord-Stream Pipeline nötig sind, und im April 2010 wurde der Bau der Pipeline offiziell

gestartet. Auch das Projekt South-Stream erhielt 2009 breite internationale Unterstützung und Gazprom hat bereits Verträge mit Bulgarien, Serbien, Ungarn, Griechenland, Slowenien, Kroatien und Österreich über den Bau jenes Teils der Pipeline abgeschlossen, der auf ausländischem Festland erfolgen muss. Es steht außerdem zu erwarten, dass die Türkei bis November 2010 ihre Erlaubnis zum Bau der South-Stream Pipeline in ihren Gewässern erteilt. Allerdings betragen die im Innovationsprogramm von Gazprom vorgesehenen Mittel für die beiden Gasleitungen insgesamt nur 4,65 Mrd. US-Dollar, was lediglich für die Verlegung des ersten Abschnitts der Nord-Stream Pipeline ausreichen wird, den Gazprom bereits im Jahr 2011 in Betrieb nehmen will. Darüber hinaus hat Russland im Februar 2010 die Ausbeutung des Stockmann-Gasfeldes, dessen Gas über die Nord-Stream Pipeline nach Europa transportiert werden soll, um 3 Jahre verschoben (auf 2016/17). Auf die Realisierung der von Gazprom konzipierten Projekte hat auch die schlechende Revolution bei der Förderung von Schiefergas in den USA Einfluss, die teilweise schon zur Umlenkung von Flüssiggas aus Katar von Nordamerika nach Europa geführt hat und damit zum Katalysator für den Preisverfall bei Erdgas in der EU geworden ist. Ungeachtet der Polemik Gazproms wird die Umsetzung der South-Stream Pipeline in naher Zukunft vermutlich ebenfalls gestoppt werden.

Im Jahr 2009 bemühte sich Russland, allgemeingültige Transitregeln in bereits abgeschlossene oder neue internationale Verträge einzuschreiben. Das Ziel – »Senkung der Risiken für den Transit und den Transport russischer Energieträger auf die Exportmärkte« – wurde in der neuen russischen Energiestrategie bis 2030 vom 13. November 2009 klar festgelegt. Nach dem Gaskonflikt mit der Ukraine hatte Russland seine Unterschrift unter der Energiecharta zurückgezogen und startete im April 2009 eine Initiative zur Ausarbeitung eines neuen Konzepts für eine Zusammenarbeit im Energiebereich, wobei alle wichtigen Produzenten-, Transit- und Verbraucherländer zusammengebracht werden sollen. In diesem Jahr wird Russland damit höchst vermutlich Erfolg haben: Zu Beginn des Jahres 2010 erklärte der Chef der Vertretung der Europäischen Kommission in der Russischen Föderation Fernando Valenzuela, dass die Energiecharta nochmals überprüft werden könne, um auch Russlands Interessen zu berücksichtigen.

In Bezug auf die Durchsetzung seiner Gasinteressen war das Krisenjahr 2009 für Russland ein erfolgreiches. Nichtsdestotrotz führte die Brüsseler Erklärung, die auf der internationalen Gipfelkonferenz zur Modernisierung des ukrainischen Gastransportsystems

(GTS) vom 23. März 2009 verabschiedet wurde, zu einer Schwächung der russischen Position. Entsprechend dieser Deklaration verpflichtet sich die Ukraine zur Modernisierung des Gastransportsystems und erhält dafür Kredite von europäischen Banken. Aus russischer Sicht jedoch ist jede Modernisierung des GTS ohne Konsultation Russlands, des Gasverkäufers, töricht. Russland besteht auf einer dreiseitigen Zusammenarbeit bei der Modernisierung. Außerdem wurde in der Deklaration zum Ausdruck gebracht, dass die europäischen Unternehmen Gas unmittelbar an der russischen Grenze und nicht an den EU-Grenzen kaufen sollten. Diese Umstellung verringert den Einfluss Gazproms in der Ukraine als auch in Europa wesentlich. Die Brüsseler Erklärung rief natürlich scharfe Proteste vonseiten Gazproms hervor – die Delegation verließ sogar den Verhandlungstisch. Später, im November 2009, spielte die Ukraine dann die »Brüsseler Karte«, um von Russland Konzessionen bei den Gasverträgen zu erhalten.

Folgen der Gasverträge vom 19. Januar 2009 für die Ukraine

Zum wichtigsten Ereignis in der ukrainischen Politik wurde im Jahr 2009 die allmonatliche Intrige um die Begleichung der Gasrechnungen. Ungeachtet der sehr strikten Regelung für die Bezahlung des Gases (spätestens am siebten des Monats, sonst Übergang zu Vorauszahlungen) und der schwierigen wirtschaftlichen Situation im Land, zahlte die Ukraine fristgerecht für das russische Gas. Darin lag auch das persönliche Interesse von Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Angesichts der näher rückenden Präsidentschaftswahlen war es ihr außerordentlich wichtig, den Glauben an die Zahlungsfähigkeit der Ukraine zu stärken und die Nachteile der von ihr unterschriebenen Gasverträge zu verschleiern.

Um die Verpflichtungen gegenüber Russland zu erfüllen, griff die ukrainische Ministerpräsidentin zu marktunüblichen Methoden. So wurden die Gasrechnungen in erster Linie über Kredite von staatlichen Banken beglichen, wodurch die Staatsschulden der Ukraine 2009 auf 14 Mrd. US-Dollar anwuchsen, von denen die Hälfte für die finanzielle Hilfe für Naftohaz benötigt wurde. Für den Rechnungsausgleich wurden auch andere Kniffe angewandt: Rückerstattung der Mehrwertsteuer an Naftohaz (etwa 1 Mrd. US-Dollar, während der Staat anderen Unternehmen insgesamt 3,15 Mrd. US-Dollar Mehrwertsteuer schuldete), Monetarisierung der vom IWF im August 2009 erhaltenen Sonderziehungsrechte in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar und mit Beginn 2010 auch der Einsatz der Währungsreserven mit Erlaubnis des IWF (bis zu 2 Mrd. US-Dollar).

Diese Zahlungsmethoden waren nötig aufgrund der beklagenswerten finanziellen Lage bei Naftohaz. Im Herbst 2009 gelang es dem Unternehmen nur mit größter Anstrengung seine Schulden zu restrukturieren: Das Unternehmen konnte die Euro-Anleihen in Höhe von 500 Mio. US-Dollar nicht begleichen und zahlte stattdessen nur die Zinsen. Zum 1. Oktober 2009 erreichten die Schulden von Naftohaz eine Höhe von 5,3 Mrd. US-Dollar. Die Gesamtsumme der gerichtlichen Forderungen gegenüber Naftohaz betrug bis November 2009 bereits 4,75 Mrd. US-Dollar. Darüber hinaus vervierfachte RUE Mitte November seine Forderungen an Naftohaz auf 8,26 Mrd. US-Dollar aufgrund der Enteignung von 11 Mrd. m³ Gas zu Beginn des Jahres 2009.

Das Problem der Zahlungsfähigkeit der Ukraine auf lange Sicht grundsätzlich zu lösen, ist ohne eine systematische Restrukturierung von Naftohaz selbst nicht möglich. Hinreichend ineffektiv nimmt sich der Versuch der Regierung aus, die finanzielle Situation des Gaskonzerns durch die Übertragung der Führung des Gasleitungsnetzes an ein Tochterunternehmen von Naftohaz, an Naftohazset, das zu diesem Zweck im Juni 2009 gegründet wurde, lösen zu wollen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Netze in der Hand regionaler Gasversorgungsunternehmen (oblgaz) befunden, die das Gas an den Endverbraucher lieferten. Jedoch wurde Naftohaz von diesen Unternehmen nicht in vollem Umfang bezahlt: Deren Schulden für das zwischen 1999 und 2008 abgenommene Gas betrugen am 1. Januar 2009 bereits 850 Mio. US-Dollar (nach derzeitigem Umrechnungskurs). Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen konnte sich die Regierung der Ukraine trotz der Forderungen des IWF und der europäischen Banken nicht zu radikaleren Maßnahmen, wie z. B. der Angleichung der Gastarife für die Bevölkerung an Marktpreise, entschließen. Stattdessen wurde 1 Mrd. US-Dollar aus dem Haushalt für den Ausgleich zwischen dem Ankauf von importiertem Gas und dem Verkauf an die Bevölkerung bereitgestellt.

Die Ukraine bezahlte zwar rechtzeitig die Gasrechnungen, hielt den Gasvertrag aber dennoch nicht in vollem Umfang ein: Sie nahm die vereinbarten Gasmengen nicht ab. Russland allerdings verhängte nicht die im Vertrag dafür vorgesehenen finanziellen Sanktionen.

Offiziell wurde diese Praxis erst gegen Ende des Jahres festgeschrieben. Am 24. November 2009 unterschrieben Gazprom und Naftohaz eine Zusatzerklärung zum Gasvertrag vom 19. Januar 2009. Entsprechend der neuen Vereinbarung senkt die Ukraine die importierte Gasmenge aus Russland für das Jahr 2009 von den vorgesehenen 40 Mrd. m³ auf 33,51 Mrd. m³, und

für 2010 von 52 Mrd. auf 33,75 Mrd. m³. Auch wenn der Import 2009 tatsächlich nur 27 Mrd. m³ betrug, so wurde der Vertrag doch formal erfüllt, denn Naftohaz ist verpflichtet lediglich 80 % der vertraglich vereinbarten Gasmenge abzunehmen. In der neuen Vereinbarung wird auf Geldstrafen für die Nicht-Abnahme von Gas durch Naftohaz im Jahr 2009 verzichtet – dies wären immerhin 8 Mrd. US-Dollar gewesen (siehe Tabelle 1 auf S. 7). Die Unterzeichnung der neuen Vereinbarung Ende November verletzte den ursprünglichen Vertrag nicht, da dieser bereits die Möglichkeit zur Änderung der Gasmengen einräumt. Die Verträge hätten jedoch spätestens sechs Monate vor Beginn des betreffenden Lieferjahres unterschrieben werden müssen, bis Juli also.

Auch der Vertrag über den Transit russischen Gases durch die Ukraine wurde nicht in jeder Hinsicht eingehalten. Laut Vertrag muss die Bezahlung für den Transit ausschließlich mit Geldmitteln erfolgen. Aber schon im Winter 2009 kaufte Naftohaz die Schulden des ehemaligen Gaszwischenhändlers RUE gegenüber Gazprom im Wert von 1,7 Mrd. US-Dollar (oder 11 Mrd. m³) auf, indem es diese Schulden gegen die Zahlungen Gazproms für den Transit gegenrechnete. Im April 2009 hatte sich die Ukraine mit Russland beinah auf den Kauf von Gas im Wert von 5 Mrd. US-Dollar geeinigt, um damit die unterirdischen Gasspeicher zu füllen – im Tausch gegen zukünftige Transitleistungen. Aus vielerlei Gründen kam es nicht dazu: Statt 19 bis 20 Mrd. m³ konnte die Ukraine von Russland nur 800 Mio. m³ kaufen. So haben die neuen Verträge das alte Barter-Prinzip der Verrechnung von Gaslieferungen mit Gastransporten nicht ausgemerzt, was die Formel zur Berechnung der Transitkosten gegenstandslos macht.

Die Folgen der Gasverträge und der Gaspolitik Timoschenkos hatten verheerende Auswirkungen auf die ukrainische Wirtschaft. Übermäßig hohe Preise haben die wichtigsten ukrainischen Exportartikel – Metall und chemische Produkte – konkurrenzunfähig gemacht. Nach Angaben des Europäischen Chemieverbandes (CEFIC) betrug der Durchschnittspreis für Gas für Chemieunternehmen in der Ukraine im Juni 2009 318 US-Dollar für 1000m³ und war somit dreimal so hoch wie in der EU und sogar fünfmal so hoch wie in Russland. Infolge dessen spitzte sich die Wirtschaftskrise weiter zu und die ukrainische Wirtschaft erlitt im Jahr 2009 einen Einbruch um 15 % – den stärksten der letzten 15 Jahren.

Entwicklung der Gasbeziehungen nach den Präsidentschaftswahlen 2010

Wie bereits erwähnt, war eines der wichtigsten Ziele Timoschenkos im Gasbereich die Liquidierung des Zwi-

schenhändlers RUE, der zur Hälfte dem ukrainischen Oligarchen Dmitrij Firtasch gehörte. Infolge des Gas- krieges von 2009 wurde dieses Ziel erreicht und nach Unterzeichnung der neuen Verträge Ende Januar 2009 gingen Russland und die Ukraine zum direkten Gas- handel über. Seit dem Amtsantritt Janukowitschs jedoch, wird dieser «Sieg» in Zweifel gezogen.

Die ersten Maßnahmen des neuen Präsidenten im Gasbereich betrafen die Besetzung der entsprechenden Schlüsselpositionen mit »eigenen Leuten«. Minister für Brennstoff- und Energiewirtschaft wurde Jurij Bojko, der von 2006 bis 2007 schon einmal unter Janukowitsch diesen Posten innehatte und von 2002 bis 2005 den staatlichen Energieversorger Naftohaz leitete. In seiner ersten Amtszeit als Energieminister schloss er Verträge, die auch für Firtasch äußerst lukrativ waren. Die Ernennung Bojkos rief auf Seiten der Opposition laute Proteste hervor. Julia Timoschenko zeigt sich insbesondere schockiert über den Einzug des RUE-Managements in die Regierung Janukowitschs. Von der Rückkehr des Oligarchen Firtasch in die große Politik zeugt auch die Ernennung Jurij Borisows zum Direktor des Unternehmens Ukragazwydobuwnanna, einem Tochterunternehmen von Naftohaz, das in der Gasförderung und -verarbeitung tätig ist. Vorher war Borisow Generaldirektor der OSTCHEM Holding AG, die wiederum zu Firtaschs Unternehmensgruppe Group DF gehört. Ob Janukowitsch jedoch auch wieder Zwischenhändler im Gasgeschäft zulassen wird, ist noch nicht abzusehen.

Der zweite Schritt Janukowitschs im Gasbereich betraf die Unterzeichnung einer Vereinbarung in Char- kiw am 21. April 2010 über die Schwarzmeerflotte und den Gashandel. Diese besteht aus drei Dokumenten: Die ersten beiden sind Zusatzerklärungen zum Vertrag vom 19. Januar 2009 über den Gashandel und den Trans- sit durch die Ukraine, geschlossen zwischen Naftohaz und Gazprom. Das dritte Dokument ist eine Verein- barung zwischen der Ukraine und Russland über den Verbleib der russischen Schwarzmeerflotte auf ukraini- schem Territorium. Dieses Dokument hat einen höhe- ren Status als die ersten beiden, weil es nicht ein Ver- trag zwischen zwei Wirtschaftssubjekten ist, sondern ein zwischenstaatliches Abkommen, das ratifiziert wer- den muss und viel schwieriger zu kündigen ist. Darüber hinaus gilt diese dritte Vereinbarung für einen wesent- lich längeren Zeitraum – bis 2042, die anderen beiden gelten nur bis 2019. Im Vertrag über die Schwarzmeer- flotte fehlt ein konkreter Verweis auf den Vertrag zwis- chen Naftohaz und Gazprom vom Januar 2009. Daraus folgt, dass gerade die Vereinbarung über die Schwarz- meerflotte die Beziehungen zwischen den beiden Län-

dern im Gasbereich fast für ein Drittel des Jahrhunderts bestimmen wird. Und nicht zuletzt findet sich eben in diesem Dokument die Rabattformel für den Gaspreis.

Der neue Vertrag über die Schwarzmeerflotte verknüpft die Preisnachlässe auf das russische Gas für die Ukraine somit direkt mit den Pachtzahlungen für die russische Flotte auf der Krim. Diese Pachtgebühren werden aber nie tatsächlich gezahlt, sondern verrechnet werden. Damit will sich Russland gegen eine mögliche Aufhebung des Flottenvertrags vor 2042 absichern – in diesem Fall nämlich hätte die Ukraine automatisch Schulden in Höhe der angehäuften Gasrabatte. Der Rabatt beträgt 100 US-Dollar bei einem Gaspreis ab 333 US-Dollar für 1000m³ und 30 % bei einem niedrigeren Gaspreis. Laut Ministerpräsident Mikola Asarow spart die Ukraine somit 3 bis 4 Mrd. US-Dollar im Jahr, was sich nach 10 Jahren schon auf die unglaubliche Summe von 40 Mrd. US-Dollar summieren würde. Ob diese Einschätzung der Wirklichkeit entspricht, ist zum jetzigen Zeitpunkt schwer zu sagen. Davon ausgehend, dass die Ukraine in diesem Jahr vermutlich nicht mehr als 30 Mrd. m³ Gas von Russland kaufen wird, wird sie, nach Einschätzung der Autorin, im Jahr 2010 höchstens 1 bis 2 Mrd. US-Dollar einsparen.

Die neue Zusatzerklärung über den Gashandel enthält auch eine Begrenzung des Gasrabattes: Wenn die Ukraine mehr als 30 Mrd. m³ Gas im Jahr 2010 und mehr als 40 Mrd. m³ Gas im Jahr 2011 kaufen will, muss sie den vollen Preis für die Gaslieferungen bezahlen. Das gleiche Dokument nennt die Art der Rabattgewährung – Senkung der Zölle für die Gaslieferungen an die Ukraine, wobei die Zollhöhe von der russischen Regierung festgelegt wird. Somit werden die Gasrabatte keinen Einfluss auf die finanzielle Lage von Gazprom haben, da die Subventionen direkt aus dem Haushalt der Russischen Föderation gezahlt werden. Laut der Zusatzerklärung vom 21. April 2010 wurde auch das im Jahr 2010 zu erwerbende Gasvolumen von 33,75 Mrd. m³ auf 36,5 Mrd. m³ erhöht und die Sanktionen gegen die Ukraine für die Nicht-Abnahme vereinbarter Gasmengen für die gesamte Vertragslaufzeit (bis 2019) abgeschafft.

Laut der »Charkiw-Vereinbarungen« sind die Formel zur Berechnung des Gaspreises und damit der überzogene Basissatz von 450 US-Dollar unverändert geblieben (siehe [Ukraine-Analysen 50](#)). Dies eröffnet Russland

großen Handlungsspielraum, denn alle Ergänzungen können rückgängig gemacht werden und eine Rückkehr zum profitablen ursprünglichen Vertrag vom 19. Januar 2009 ist jederzeit möglich. Darüber hinaus hat es die Ukraine versäumt, einen Mindestbetrag pro Jahr für den Gastransit über ukrainisches Territorium festzusetzen. So wird in naher Zukunft erwartet, dass nach Inbetriebnahme der Nord-Stream Pipeline der Gastransit durch die Ukraine reduziert werden wird. In der Zusatzerklärung über den Gastransit vom 21. April 2010 wurde auch vereinbart, dass Gazprom 80 % der Kosten für den Gastransit bis zum sechsten des Folgemonats und die restlichen 20 % bis zum zwanzigsten des Folgemonats zahlen muss. Diese Bestimmung lässt die Praxis des Tauschhandels erstarren, weil Naftohaz die Möglichkeit bekommt, das von Gazprom für den Gastransit erhaltene Geld für die Bezahlung der Gasimporte zu verwenden. Zu einem Ausgleich in vollem Umfang kommt es aber nicht: Nach Schätzungen der Autorin wird die Ukraine im Jahre 2010 bis zu 3 Mrd. US-Dollar für den Gastransit über ihr Territorium erhalten, während sie für importiertes Gas, selbst mit Rabatt, mindestens 6,5 Mrd. US-Dollar zahlen muss.

Schlussfolgerungen

Auch während der Timoschenko-Regierung galten die Gasverträge vom Januar 2009 zwischen Russland und der Ukraine nur bedingt und wurden nur mit Einschränkungen eingehalten. Nach der Machtübernahme durch Viktor Janukowitsch wurden die Bedingungen des Gashandels erneut überprüft, obwohl die Gasverträge vom 19. Januar 2009 formal in Kraft blieben. Infolge des am 27. April 2010 ratifizierten neuen Vertrages wird der Marktansatz im Gashandel zwischen der Ukraine und Russland nun praktisch keine Rolle mehr spielen. Die direkte Subventionierung der ukrainischen Wirtschaft aus dem russischen Staatshaushalt verstärkt die politische Komponente in den bilateralen Gasbeziehungen zusätzlich. Die Ukraine könnte somit für fast drei Jahrzehnte in den Einflussbereich Russlands geraten. Darüber hinaus wird die Senkung der Energiepreise abermals keine Anreize zur Verringerung des hohen Energieverbrauchs und zur Durchführung von Reformen in der ukrainischen Wirtschaft schaffen.

Übersetzung: Katerina Malygina und Judith Janiszewski

Über die Autorin:

Katerina Malygina ist Doktorandin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und freie Mitarbeiterin der Ukraine-Analysen.